

SEXARBEIT

Einheitliches Gesetz für Sexarbeiterinnen gefordert

15. Februar 2012 14:23



Foto: herbert käfer

Von links nach rechts: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Landesrätin Karin Scheele, Sophie-Leiterin Eva van Rahden.

Heinisch-Hosek fordert bundesweit einheitliche Gesetze und die Abschaffung der Sittenwidrigkeit der Sexarbeit

St. Pölten - Neun unterschiedliche Landesgesetze zum Thema Prostitution sind Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ein Dorn im Auge. In einer Pressekonferenz in St. Pölten forderte sie am Mittwoch gemeinsam mit Landesrätin Karin Scheele einheitliche Gesetze und die Abschaffung der Sittenwidrigkeit der Sexarbeit. Mit dem Justizministerium seien diesbezüglich schon Gespräche am Laufen - und bezüglich einer Einigung "schaut es ganz gut aus", meinte die Ministerin.

"Prostituierte in Österreich haben sehr viele Pflichten, aber kaum Rechte", stellte Heinisch-Hosek fest. Rund 5.500 registrierte Sexarbeiterinnen gibt es derzeit im ganzen Land, auf Niederösterreich entfallen davon 640. Die Dunkelziffer dürfte aber weitaus höher sein. Die große Mehrheit der Frauen habe Migrationshintergrund.

Der seit 2003 in Wien tätige Verein "Sophie" ist seit Herbst 2010 auch mit der Betreuung von Betroffenen in niederösterreichischen Bordellen beschäftigt. Straßenanbahnung von Prostitution ist im Bundesland verboten. Seither wurden in 61 Lokalen in elf Bezirken rund 800 Kontaktaufnahmen verzeichnet. 60 Frauen ließen sich in 200 Gesprächen beraten, bilanzierte Scheele. "Das kann sich sehen lassen."

Notwendige niederschwellige Hilfe

Die jahrelange Tätigkeit in Wien habe sich "als Türöffner in Niederösterreich" erwiesen, sprach Projektleiterin Eva van Rahden die von Anfang an vorhandene Vertrauensbasis zu den Betroffenen und den Behörden an. Die Betreuerinnen seien jeweils in Zweier-Teams unterwegs, würden angemeldet in den Einrichtungen erscheinen, sich dort vorstellen und ihre Hilfe anbieten.

Ein wichtiger Faktor sei die Möglichkeit von Beratungsgesprächen in der Muttersprache der Prostituierten, um eine möglichst niedrighschwellige Hilfe anbieten zu können. Die Mehrheit der Sozialarbeiterinnen habe selbst Migrationshintergrund, was zu einer deutlichen Kommunikationsverbesserung führen kann. Ein weiterer wesentlicher Punkt sei die "akzeptierende Haltung gegenüber der Tätigkeit", so van Rahden. "Wenn sie (die Frauen, Anm.) mit uns reden, müssen sie ihre Tätigkeit nicht verstecken", fuhr sie fort. Aufgrund der ablehnenden Haltung der Gesellschaft seien die Sexarbeiterinnen häufig sehr geübt darin, ihre wahre Arbeit zu verschleiern, wodurch die spezifischen Probleme, die bei dieser Form der Arbeit entstehen, aber nicht zur Sprache kommen könnten.

Zu den häufigsten Beratungsthemen gehören Aufklärung über die gesetzlichen Hintergründe in Österreich, Steuern, das Gesundheitssystem, Krankenversicherung und Schulden, berichtete die Projektleiterin. Weiters werden häufig Hilfestellungen beim Nachholen von Kindern aus der Heimat nach Österreich und beim Wechsel zu einer anderen Tätigkeit benötigt. Auch die Betreuung von schwangeren Prostituierten zählt zu der Aufgabe der Sozialarbeiterinnen. (APA)